

Husumer Nachrichten - Dienstag, 13.03.2012

s

Ehrenamtliche Arbeit nicht beschneiden

SPD, WG-NF und SSW gegen Ausschuss-Reduzierungen und Redeverbote Nordfriesland

CDU, Grüne und FDP möchten die Arbeit des Kreistages und seiner Gremien straffen sowie Kosten sparen. Die Vorschläge des sogenannten Jamaica-Bündnisses sind jedoch umstritten und werden von der „Opposition“ als völlig untauglich eingestuft. Auf scharfe Kritik von SPD, SSW und Wählergemeinschaft Nordfriesland (WG-NF) stößt vor allem das Ansinnen, weitere Ausschüsse zu streichen oder gar Rede-Kontingente einzuführen (wir berichteten). Dies mehrheitlich durchdrücken zu wollen, zeige, dass der Arbeitskreis Hauptsatzung „ein Instrument der Machtpolitik“ ist, so SSW-Fraktions-Chef Ulrich Stellfeld-Petersen. Auf den Punkt bringt es SPD-Fraktions-Geschäftsführer Carsten F. Sörensen: „Das Ehrenamt schafft sich ab.“

„Demokratie zum Nulltarif gibt es nicht. Auch Ehrenamt hat seinen Wert und damit seinen Preis!“, betonten die beiden ebenso wie Mery Ebsen (WG-NF) und SPD-Fraktions-Chef Thomas Nissen im Gespräch mit unserer Zeitung. Bei Aufwendungen des Kreises von 249 Millionen Euro betrage der Anteil für die Abgeordneten und die Fraktionen gerade einmal zwei Promille. „Das sollte uns das Ehrenamt wert sein“, so Sörensen.

Als „schlicht falsch“ kritisieren die vier Kreispolitiker die Darstellung von CDU und Grünen, durch die Zusammenlegung der Ausschüsse für Agrar mit Umwelt sowie Kultur mit Schule und Sport seien im Vorjahr rund 30 000 Euro eingespart worden. Dafür gebe es keine Belege aus der Verwaltung und überdies auch andere Gründe, wie die Auflösung der Linken-Fraktion. Auch die Sinnhaftigkeit dieser Ausschuss-Zusammenlegungen ist umstritten. „Das war nichts, die Einzelbelastung ist gestiegen“, sagt Stellfeld-Petersen.

Wer Themen in den Ausschüssen nicht ausreichend vorbereitet, müsse im Kreistag länger tagen, betonen WG-NF, SSW und SPD. Und bei weniger Ausschüssen und gleicher Themen-Anzahl müsse es entweder längere oder häufigere Sitzungen geben. Auf jeden Fall komme auf weniger ehrenamtlich Tätige mehr Zeitaufwand zu. Dass durch weniger Gremien auch die Zahl der Bürgerlichen Mitglieder sinkt und die Arbeitsbelastung für die Einzelnen dadurch noch größer wird, monieren vor allem Ulrich Stellfeld-Petersen und Mery Ebsen. Denn das trifft besonders die kleinen Fraktionen. Und, so Ebsen: „Mit mehr Bürgerlichen sind wir auch näher an der Basis.“

Dass speziell der Gesundheitsausschuss als vermeintliche „Beschäftigungstherapie für Abgeordnete“ im Fadenkreuz der Jamaica-Streichliste steht, können die Vertreter der

drei Fraktionen auch inhaltlich nicht nachvollziehen: Denn der Ausschuss sei für die „Garantie der gesundheitlichen Versorgung im Kreis und somit auch für die Versorgung durch die Kliniken zuständig“. Wichtige Fragen seien zudem die ausreichende Versorgung mit Ärzten, vorbeugende Gesundheitshilfe, das Rettungswesen, die Hebammen und vieles andere mehr. „Die Daseinsvorsorge im Bereich der Kliniken und des Rettungsdienstes ist eine Kernaufgabe des Kreises“, betonen Nissen und Stellfeld-Petersen.

Auch andere von Schwarz-Grün ins Feld geführte Vorschläge stoßen der „Opposition“ sauer auf: Eine längere Rednerliste in den Gremien könnte ja auch mit den sechs Fraktionen und den drei fraktionslosen Abgeordneten zusammenhängen. „Soll Ihnen deshalb Redeverbot erteilt werden?“, warnen SPD, SSW und WG-NF davor, Meinungsbildungsprozesse abzuwürgen oder zu beschneiden.

Dies gelte auch für Resolutionen. So sei die Kritik von Schwarz-Grün an der hohen Zahl von 111 Entschließungen an die Landes- und Bundesebene in drei Jahren nicht nachzuvollziehen: Denn immerhin 16 stammten von der CDU allein, bei 27 war diese mit im Boot der Antragsteller.

Nachwuchspolitikern den Einstieg durch spätere Sitzungstermine nach 16 Uhr erleichtern zu wollen, habe nicht nur einen Pferdefuß: „Dann sind wir die Ehrenamtler von den Inseln und Halligen endgültig los.“ Und Ausschuss-Mitglieder, die abends als Gemeindevertreter tagen müssten, würden „zuverlässig aussortiert“.

fu